



## Kantone müssen ihre Verantwortung für die Bildung wahrnehmen

Referat von David Roth, Vizepräsident der SP Schweiz, Kantonsrat LU

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrte Medienschaffende

Ich bin sowohl als Vizepräsident der SP Schweiz, aber auch als Kantonsrat eines Sparkantons an dieser Medienkonferenz. Einem Kanton, welcher in dystopischer Manier vorzeichnet, in welche Richtung sich der Bildungsabbau in diesem Land entwickelt: Seit Jahren wird die Bildung zusammengespart – ein Ende ist nicht in Sicht.

Seit Neustem ist in Luzern die Bildung auch von Privatisierungsgelüsten bedroht: Bereits werden private Investoren gesucht, welche staatliche Stipendien ersetzen – natürlich mit dem entsprechenden Return of Investment. Und auch die neue Luzerner Wirtschaftsfakultät soll vollumfänglich an private Investoren verscherbelt werden.

Man könnte jetzt hoffen, dass der Kanton Luzern ein tragisches Einzelbeispiel ist. In unterschiedlicher Ausprägung ist in grossen Teilen der Schweiz aber das gleiche Bild anzutreffen. Unser einziger Rohstoff, ja das Fundament der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zukunft der Schweiz, ist zunehmend bedroht von der bürgerlichen Abrissbirne. In der ganzen Schweiz, in einer Mehrheit der Kantone werden Sparpakete durch die Parlamente gejagt, welche fast immer auch die Bildung treffen.

### **Bildung ist die zentrale Aufgabe der Kantone**

Das ist kein Zufall. Denn die Bildung ist eine der ganz zentralen Aufgaben der Kantone. Wenn man die internen Verrechnungen und Transferzahlungen wegrechnet, dann hat die Bildung bei den kantonalen Budgets einen Anteil von etwa 40 Prozent.<sup>1</sup> Mit leichten Unterschieden zeichnet sich bei allen Kantonen in etwa das gleiche Bild. Gleichzeitig verwendet der Bund gerade mal 10.9% seines Budgets für Bildung und Forschung.<sup>2</sup>

Damit wird klar: Eine der ganz zentralen Aufgaben der kantonalen Staatsebene ist die Finanzierung der Ausbildung der jungen Generation. Diese Verantwortung nehmen viele Kantone jedoch je länger je weniger wahr. Insbesondere Kantone, die kopflos ihre Steuern gesenkt haben, müssen heute bei der Bildung sparen. Aber auch wegen den Ausfällen, welche die Unternehmenssteuerreformen des Bundes mit sich bringen, geraten die Kantonsfinanzen immer stärker in Schieflage. Die Ausgaben können mit der Teuerung, den gestiegenen Anforderungen an unser Bildungssystem und dem Bevölkerungswachstum nicht Schritt halten.

### **Leistungsabbau**

Beim Leistungsabbau im Bildungsbereich sind die Streichung von Lektionen und Nullrunden beim Personal für die Kantone einträglich. Immer stärker in den Fokus geraten aber ge-

---

<sup>1</sup> [http://www.lu.ch/-/media/Kanton/Dokumente/FD/Projekte\\_und\\_Themen/Finanzen/Voranschlag\\_2014.pdf](http://www.lu.ch/-/media/Kanton/Dokumente/FD/Projekte_und_Themen/Finanzen/Voranschlag_2014.pdf)

<sup>2</sup> [http://www.efv.admin.ch/d/downloads/finanzberichterstattung/budget/kontext/Praes\\_Budget-2014\\_FP2015-17.pdf](http://www.efv.admin.ch/d/downloads/finanzberichterstattung/budget/kontext/Praes_Budget-2014_FP2015-17.pdf)

rade die schwächsten SchülerInnen. Gerade bei Sonderschulen, Kleinklassen und der integrierten Förderung wird häufig gespart, da es sich dabei um „teure“ Unterrichtsplätze handelt. Wenn die Kantone aber zu wenig in die Integration der schwächeren Glieder dieser Gesellschaft investieren, verschieben sie die Kosten einfach zum Bund und zu den Gemeinden. Diese werden via IV und Sozialhilfe teuer für diese Versäumnisse bezahlen.

Immer mehr Proteste gehen mit der unverantwortlichen Abbaupolitik einher. In den Kantonen Aargau, Bern, Luzern und St. Gallen kam es zu Protesten mit Tausenden von Teilnehmenden. Im Tessin haben die Lehrpersonen sogar gestreikt.



### Steigende Kosten für die Eltern

Aber es sind nicht nur die Sparmassnahmen, welche die Bildung der künftigen Generationen bedrohen. Die fehlenden Steuereinnahmen werden in immer mehr Kantonen auch mit Schulgebühren für die postobligatorische Schulzeit gedeckt. Der Besuch des 1. Kurzzeitgymnasiums, also der 4. Oberstufe, kostet im Kanton Luzern bereits heute 1735 Franken pro Jahr.<sup>3</sup> Im nächsten Jahr werden sämtliche postobligatorischen Schulen mit W-Lan ausgerüstet. Von den SchülerInnen wird verlangt, dass sie sich einen Laptop anschaffen und im Unterricht immer dabei haben. Die jährlichen Mehrkosten dürften bei mindestens 400 Franken liegen und sind von den Eltern zu tragen. Für viele Eltern mit zwei Kindern im Gymnasium liegen die Schulkosten damit bereits im zweistelligen Prozentbereich. Eltern aus Kantonen welche noch keine Schulgebühren kennen, dürften bald damit konfrontiert werden.

Die steigenden Schulkosten sind eine Bedrohung der Chancengleichheit in der Bildung. Diesen Sonntag publizierte die Zentralschweiz am Sonntag die Maturitätsquote pro Gemeinde. Darauf ist klar ersichtlich: Je reicher eine Gemeinde ist, desto höher ist die Maturitätsquote. Das mag viele Gründe haben, aber eines ist sicher: Die immer höheren Kosten, verbunden mit immer tieferen Stipendien, tragen ihren Anteil dazu bei.

Sparprogramme in den Kantonen gefährden nicht nur die Reformpläne in der Bildung, sie sind ein Angriff auf den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, welcher in kleinen Portionen in fast allen Kantonen vollzogen wird. Wenn bürgerliche Parteien immer wieder betonen, dass sie ein föderal organisiertes Bildungssystem wollen, dann steht immer auch ein finanzpolitischer Aspekt im Zentrum: Sie wollen weiterhin und von der breiten Öffentlichkeit unbe-

<sup>3</sup> [http://www.ksmusegg.ch/kzg\\_kosten0.html](http://www.ksmusegg.ch/kzg_kosten0.html)

merkt, den Kahlschlag in den Kantonen vorantreiben. Gegen diese Politik wird die SP koordiniert und in allen Kantonen antreten.

Ich darf Sie zudem darauf hinweisen, dass sich auch die JUSO für den Kampf gegen die kantonalen Sparpakete im kommenden Herbst rüstet. Auf der Seite [www.spar-alarm.ch](http://www.spar-alarm.ch) wird die dezentrale Kampagne koordiniert.